

Tiefe Gräben wegen Höhe der Häuser

Sportplatz-Ärger und kein Ende: Ortsvorsteher Bach droht der ALK mit dem Anwalt

Die künftige Bebauung des Schneidhainer Sportplatzgeländes sorgte bei der jüngsten Ortsbeiratsitzung wieder einmal für viele Diskussionen. Dieses Mal wurde es jedoch für den Geschmack mancher Mitglieder ein wenig zu persönlich...

■ Von David Schahinian

Schneidhain. Wer wusste wann was? Die Frage erinnert an die Aufklärung eines Krimis, und tatsächlich hatte die Ortsbeiratsitzung am Montagabend phasenweise die Dramaturgie eines detektivischen Puzzles, das sich nach und nach zu einem Gesamtbild fügte.

Grund für die Suche nach Klarheit war ein Antrag der ALK, in dem sie die Informationspolitik des Ortsvorstehers Hans-Jürgen Bach (CDU) missbilligte, die Absage terminierter Ortsbeiratsitzungen kritisierte und eine bessere Information der Ortsbeiratsmitglieder forderte. Der Magistrat solle den Ortsvorsteher des Weiteren auf seine Amtspflichten hinweisen.

Auslöser der aktuellen Unstimmigkeiten war ein Flyer, den die Initiative „Chance für Schneidhain“ im Umfeld der TZ-Podi-

umsdiskussion am 9. Januar zur Bürgermeisterwahl verteilt hatte.

In dem Flugblatt hatte die Bürgerinitiative veränderte Zahlen und neue Informationen zur geplanten Bebauung des Schneidhainer Sportplatzes geliefert. In dem Flyer wird unter dem Titel „Faktencheck“ unter anderem behauptet, dass die Firsthöhe der Häuser bei der Bebauung des alten Sportplatzgeländes niedriger ausfallen werde als die im Bebauungsplan erwähnten 11,20 Meter.

Auskünfte, die vom Investor Ten Brinke stammten und offensichtlich auch Ortsvorsteher Bach am Abend der TZ-Podiumsdiskussion bekannt waren. Zumindest nahm er darauf in einer Wortmeldung Bezug.

Wenige Tage vor der Ortsbeiratsitzung am Montagabend ging die ALK ihrerseits mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit, in der sie ihre Sicht der Faktenlage schilderte und unter anderem darauf hinwies, dass die geplanten Gebäude nach wie vor bis zu 11,20 Meter hoch werden dürften. So stehe es im Bebauungsplan. Darüber hinaus kritisierte die Aktionsgemeinschaft in der Veröffentlichung das Vorgehen des Schneidhainer Ortsvorstehers in der Causa.

Bach, so ein Vorwurf, habe mit seinem Vorgehen versucht, den Ausgang der Bürgermeisterwahl zu beeinflussen. So habe er angeblich die Informationen selbst vom Investor Ten Brinke erhalten, sie aber nicht an die Beiratsmitglieder weitergegeben,

„Ich war's,
mutterseelenallein.“

Oskar Schmidt von „Chance für Schneidhain“ zur Frage, wer Informationen zur Gestaltung der Bebauung bei Ten Brinke eingeholt hat.

sondern nur „offenbar ihm genehme Privatpersonen und die Presse“ informiert. Die Absage einer für den 16. Januar terminierten Ortsbeiratsitzung passt für die ALK da ins Bild.

„Aus der Luft gegriffen“

Angriffe, die Hans-Jürgen Bach nicht auf sich sitzen lassen will. Die Vorwürfe der ALK seien „aus der Luft gegriffen“, konstatierte Bach verärgert im Ortsbeirat. Die Sitzung im Januar habe er abgesagt, da weder

Berichte noch Anträge vorgelegen hätten. In einer schriftlichen Erklärung, die der TZ vorliegt, versichert er überdies, dass er weder telefonischen, schriftlichen, persönlichen noch sonst einen medialen Kontakt zu Ten Brinke aufgenommen habe. Da es sich bei der in seinen Augen unbegründeten Attacke der ALK um einen Wiederholungsfall handele, behalte er sich rechtliche Schritte gegen die ALK vor.

Doch wer brachte die Zahlen, die bei der Podiumsdiskussion publik gemacht wurden, ins Spiel? Oskar Schmidt, seines Zeichens Sprecher der Projektgruppe „Chance für Schneidhain“, stand im Zuschauerraum auf und betonte: „Ich war's, mutterseelenallein.“ Er habe Anfang Januar persönlich Kontakt zu Ten Brinke aufgenommen, nachgefragt und im Vorfeld der TZ-Veranstaltung auch mit Hans-Jürgen Bach geredet.

„Aber warum wurde der Ortsbeirat nicht informiert?“, hakte Nicole Höltermann (ALK) nach. Erster Stadtrat Walter Krimmel (CDU), der an der Versammlung teilnahm, antwortete: „Es ist nicht seine Aufgabe, über Privatgespräche zu informieren.“ Hätten offizielle Informationen der Stadtverwaltung vorgelegen, dann hätte

Bach diese auch an den Ortsbeirat weiterzugeben gehabt. Dass die Zahlen in der Presse veröffentlicht worden seien, müsse man in einer Demokratie, in der Pressefreiheit herrsche, aushalten, so Krimmel weiter.

Aussage gegen Aussage

Angelika Colloseus (ALK) wollte sich damit aber nicht zufriedengeben. „Stinksauer“ sei sie, zumal sie auf telefonische Nachfrage beim Investor die Auskunft bekommen habe, dass der Ortsvorsteher bereits Anfang Januar informiert worden sei. Ihren Informanten wollte sie in der öffentlichen Sitzung nicht namentlich nennen, bot jedoch an, den Namen den Mitgliedern des Beirats im Anschluss an die Sitzung mitzuteilen. Wiederholte Aufforderungen zur sofortigen Namensnennung beurteilte Colloseus als Zeichen mangelnder Politik-Kultur und von „Unverschämtheit“, sie sitze schließlich nicht auf einer Anklagebank.

Die Situation war nun verfahren oder, um im Bilde des Krimis zu bleiben: Es stand Aussage gegen Aussage. Der Antrag der ALK wurde mehrheitlich abgelehnt, lediglich die Aktionsgemeinschaft selbst stimmte geschlossen für ihn. Eine Fortsetzung wird sicher folgen.